

SEPTEMBER 2025

15

Katja Mayer, Jochen Knaus, Stefan Skupien et al.

Offenheit neu verhandeln – KI im öffentlichen Interesse gestalten

Ergebnisse der Konferenz „Yes, we are open?!
Künstliche Intelligenz verantwortungsbewusst gestalten“

ÜBER DIE AUTOR:INNEN

Katja Mayer \\ Universität Wien, **Jochen Knaus** \\ Weizenbaum-Institut, **Theresa Züger** \\ Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, **Urs A. Fichtner** \\ Universitätsklinikum Freiburg, **Katrin Glinka** \\ Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, **Jan Hase** \\ Weizenbaum-Institut, **Lambert Heller** \\ TIB - Leibniz Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften, **Lucie-Aimée Kaffee** \\ Hugging Face, **Sebastian Koth** \\ Weizenbaum-Institut, **Dominik Kowald** \\ Know Center Research GmbH, Universität Graz, **Ilona Lipp** \\ Universität Leipzig, **Katharina Meyer** \\ Digital Infrastructure Insights Fund, **Petra Ritter** \\ Berlin Institute of Health at Charité – Universitätsmedizin Berlin, **Anne-Sophie Waag** \\ Wikimedia Deutschland e.V., **Manfred Hauswirth** \\ Fraunhofer FOKUS, **Stefan Skupien** \\ Berlin University Alliance

Unter Mitarbeit von

Lilli Iliev \\ Wikimedia Deutschland e.V., **Charlotte Mysegades** \\ Weizenbaum-Institut

Kontakt: katja.mayer@univie.ac.at, jochen.knaus@weizenbaum-institut.de, stefan.skupien@berlin-university-alliance.de

ÜBER DIESES PAPER

Am 27. März 2025 fand in Berlin die eintägige Konferenz „Yes, we are open!? Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll gestalten“ statt, die von der Berlin University Alliance (BUA), dem Weizenbaum-Institut und Wikimedia veranstaltet wurde. Über 100 Teilnehmende aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Forschungsinfrastrukturen und Forschungsmanagement diskutierten in zwei Panels und erarbeiteten in einem World Café Themen aus dem Spannungsfeld Open Science und KI.

Die in diesem Positionspapier dargestellten Einschätzungen und Schlussfolgerungen beruhen auf der gemeinsamen Arbeit der Autor:innen. Nicht alle Co-Autor:innen stimmen in jedem Punkt notwendigerweise überein. Ebenso spiegeln die Inhalte nicht zwingend die offiziellen Positionen der Institution(en) wider, denen die Autor:innen angehören.

ÜBER DAS WEIZENBAUM-INSTITUT

Das Weizenbaum-Institut ist ein Verbundprojekt und wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) und dem Land Berlin gefördert. Es betreibt interdisziplinäre Grundlagenforschung zur digitalen Transformation der Gesellschaft und liefert evidenzbasierte und wertorientierte Handlungsoptionen, damit die Digitalisierung nachhaltig, selbstbestimmt und verantwortungsvoll gestaltet werden kann.

Weizenbaum Policy Paper

Offenheit neu verhandeln – KI im öffentlichen Interesse gestalten

Ergebnisse der Konferenz „Yes, we are open?! Künstliche Intelligenz verantwortungsbewusst gestalten“

\\ Abstract

Dort, wo KI öffentlich entwickelt, finanziert und eingesetzt wird – in Wissenschaft, Verwaltung und öffentlicher Infrastruktur – muss sie offen, nachvollziehbar, nachhaltig und gemeinwohlorientiert sein. Das ist kein technisches Detail, sondern eine demokratische Verpflichtung: Öffentliche Mittel erfordern Transparenz, Nachvollziehbarkeit stärkt Vertrauen, und Gemeinwohlorientierung macht KI zum Motor gesellschaftlicher Teilhabe statt privater Machtkonzentration. Damit das gelingt, braucht es politische Rückendeckung, dauerhafte Strukturen und verbindliche Regeln. Nur durch klare Rahmenbedingungen lassen sich Transparenz, Zugang, Rechenschaft und Beteiligung dauerhaft sichern. Offenheit im Zeitalter der KI ist nicht optional – sie ist ein demokratischer Gestaltungsauftrag. Dieser Forderungskatalog richtet sich an politische Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene, insbesondere an die zuständigen Ausschüsse für Digitales und Staatsmodernisierung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Energie und Arbeit und Soziales. Er benennt zentrale Handlungsfelder, in denen Offenheit als Leitprinzip neu gedacht und verankert werden muss – damit KI-Technologien in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt werden können.

Forderungen

1	Verbindliche Offenheit und digitale Souveränität sicherstellen	4
2	Nachhaltigkeit in der KI-Politik verankern	4
3	Digitale öffentliche Infrastrukturen dauerhaft und solidarisch finanzieren	5
4	Kooperation institutionalisieren, Governance öffnen	5
5	Reflektierte Ausbildung und Forschung fördern	5
6	Kritische Umsetzungskapazitäten schaffen	6
7	Offenes Wissen und kleinere KI-Modelle als Innovationsmotor anerkennen	6
8	Kontext	7

Für eine gemeinwohlorientierte und verantwortungsvolle KI-Gestaltung fordern wir von der Politik:

1 Verbindliche Offenheit und digitale Souveränität sicherstellen

- \ Öffentliche digitale Infrastrukturen müssen auf offenen Standards und freier Open-Source-Software basieren.
- \ Der Einsatz von KI in Wissenschaft und öffentlichem Sektor muss höchsten Transparenz- und Rechenschaftsstandards genügen – z. B. Umsetzung durch ein öffentliches KI-Transparenzregister wie im AI Act sowie KI-Folgenabschätzungen.
- \ Open Source KI mit Offenheit von Trainingsdaten bis zur Software ist im öffentlichen Sektor verpflichtend zu bevorzugen, sofern sie lokale Datenverarbeitung, Nachvollziehbarkeit und demokratische Kontrolle ermöglicht – mitsamt Exit-Strategien aus proprietären Abhängigkeiten.

2 Nachhaltigkeit in der KI-Politik verankern

- \ Entwicklung, Betrieb und Nutzung von KI-Systemen müssen ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig gestaltet werden und damit verhältnismäßig im Hinblick auf Zielerreichung und Ressourceneinsatz sein.
- \ Förderprogramme und Vergabekriterien für KI-Systeme in Forschung und öffentlicher Beschaffung müssen Nachhaltigkeit als prüfbares Kriterium verankern und durch geeignete Verfahren operationalisieren. Dabei haben staatliche Einrichtungen und die Wissenschaft eine Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft.

3 Digitale öffentliche Infrastrukturen dauerhaft und solidarisch finanzieren

- \ Infrastrukturpflege: Entwicklung, Instandhaltung und Datenarbeit – ob Software, Repositorien oder Datenstandards – sind keine Nebenaufgabe, sondern zentrale Elemente sowohl von digitaler Daseinsvorsorge als auch Innovationspolitik. Deshalb:
- \ Aufbau eines Solidarfonds für offene Infrastrukturen, der Entwicklung, Hosting und Governance von KI ermöglicht, gespeist aus öffentlichen Mitteln und Beiträgen privater Nutzer:innen und Unternehmen.
- \ Projektbezogene Förderung muss durch langfristige Finanzierungsmodelle ergänzt werden.

4 Kooperation institutionalisieren, Governance öffnen

- \ Verbindliche Kooperationsformate zwischen Wissenschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft (z.B. Startups) etablieren.
- \ Politikgestaltung im Bereich digitaler Technologien muss plural, inklusiv, geschlechtergerecht, barrierefrei, diskriminierungssensibel, datenschutz-konform, wissenschaftlich fundiert und erfahrungsbasiert erfolgen. Partizipative Ansätze sollen ausgeweitet werden, um insbesondere die Betroffenenperspektive miteinzubeziehen
- \ Governance-Erfahrungen aus Open Science, Open Source, offenen Plattformen, und offenen Datenquellen müssen systematisch in die KI-Regulierung einfließen.

5 Reflektierte Ausbildung und Forschung fördern

- \ Digitale und ethische Kompetenzen müssen gemeinsam in der Wissenschafts- und Verwaltungsbildung verankert werden – nicht als Add-on, sondern als Fundament quer durch alle Felder und Disziplinen.
- \ Vollfinanzierte Schulungen sollten auf Landesebene angeboten werden. Die Möglichkeit, Digitalkompetenz zu erlernen, muss allen Bevölkerungsgruppen offenstehen.
- \ Interdisziplinäre Studiengänge (z. B. Public Interest Tech, Green AI) brauchen gezielte Förderung.

- \ Offenheit, Reproduzierbarkeit, Interoperabilität und Nachhaltigkeit sollen als zentrale Prinzipien in die KI-Ausbildung einfließen; Förderung von Open Science & KI Lehrgängen.
- \ Es braucht mehr Experimentierräume an den Schnittstellen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung. Die Entwicklung und der Einsatz von KI müssen durch kritische, interdisziplinäre Begleitforschung unterstützt werden, um die Wirkung, Risiken und Übertragbarkeit systematisch zu reflektieren und der Entwicklung gemeinwohlorientierter Standards unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft

6 Kritische Umsetzungskapazitäten schaffen

- \ Gesetze wie der EU-AI-Act und ein nationales Forschungsdatengesetz müssen nicht nur beschlossen, sondern auch wirksam umgesetzt werden – mit Budget, Personal, Schulungen und klaren Zuständigkeiten.
- \ Die öffentliche Hand braucht eigene KI-Kompetenzzentren mit interdisziplinärer Expertise, auch um ihre eigenen Bedarfe und Rechenschaftspflichten besser zu verstehen, flankiert durch die Besetzung strategischer Verwaltungsstellen mit entsprechend ausgebildetem Personal.
- \ Prinzipien offener Wissenschaft, wie Open Source und Open Data sollen in der öffentlichen Verwaltung, Bildung und Forschung verankert werden, um KI transparent, nachvollziehbar und demokratisch legitimiert zu gestalten.

7 Offenes Wissen und kleinere KI-Modelle als Innovationsmotor anerkennen

- \ Statt auf wenige große Systeme zu setzen, sind diversifizierte, kontrollierbare Alternativen von Nöten und erfordern Förderung für offene, partizipativ entwickelte KI-Modelle – insbesondere im Bereich Bildung, Recht, Sprache und Gesundheit.
- \ Die verantwortungsvolle Nutzung von Trainingsdaten – unter Wahrung von Urheberrechten, Datenschutz und ethischen Standards – sowie die konsequente Anwendung offener Lizenzen erfordert klare Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit.
- \ Hierfür ist eine Bias-Dokumentation der genutzten Trainingsdaten notwendig sowie deren kontinuierliche Verbesserung durch Audits, die die Betroffenenperspektive miteinzubeziehen.
- \ Es braucht öffentliche Modellhubs, etwa für Bildung und Justiz, um vertrauenswürdige und nachvollziehbare KI-Modelle bereitzustellen.

\ Zur Sicherung von Transparenz und Qualität müssen offene Plattformen für die Evaluation von KI-Systemen etabliert werden.

8 Kontext

Nicht erst seit dem Aufkommen der großen Sprachmodelle wird in Deutschland und Europa eine lebhafte Debatte über die Nutzung, Offenheit und Ausrichtung von KI und deren Regulation geführt. Unsere Diskussionen speisen sich aus vielen Quellen, u.a. politisch aus den Ergebnissen der Enquete Kommission des Bundestags (2020), der Hiroshima Handlungsempfehlungen (2023), den OECD-Prinzipien (2024), aus der Zivilgesellschaft u.a. von F5 zur Digitalisierung und KI (2024 und 2025), D64 (2024, 2025), AlgorithmWatch (2025), aus dem Bereich der Forschung u.a. dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (2025), Förderorganisation wie der DFG (2025), aber auch Positionierung des Deutschen Ethikrates (2023).

Künstliche Intelligenz (KI) bezeichnet weit mehr als nur Chatbots und generative KI, nämlich datengetriebene Systeme, die in der Lage sind, Muster zu erkennen, Entscheidungen zu unterstützen oder Handlungen teilweise automatisiert auszuführen. Sie prägt zunehmend, wie wir kommunizieren, forschen, wirtschaften und politisch handeln.

So viel steht fest: Es gäbe keine Künstliche Intelligenz, wie wir sie heute kennen – keine Sprachmodelle, keine Bilderkennungs- und Übersetzungssysteme, keine wissenschaftlichen Durchbrüche im Bereich maschinellen Lernens – ohne offene Wissenschaft, Free- und Open-Source-Software und frei zugängliche Wissensquellen.

Offene Wissenschaft und digitale Gemeingüter sind die Grundpfeiler einer transparenten, inklusiven und zukunftsfähigen KI-Entwicklung – sie ermöglichen demokratische Kontrolle, breite Teilhabe und die verantwortungsvolle Nutzung von Wissen für alle. Doch dieses Fundament ist bedroht – durch unklare oder lückenhafte rechtliche Rahmenbedingungen, durch monopolartige Marktstrukturen und durch mangelnde Investitionen in offene, interoperable Infrastrukturen.

Zugleich verfügen Wissenschaft und Zivilgesellschaft über jahrzehntelange Erfahrung: Sie haben tragfähige technische Systeme, soziale Praktiken und Governance-Modelle aufgebaut – von offenen Softwareprojekten über kollaborative Datenplattformen bis hin zu globalen Wissensallmenden wie Wikipedia. Diese Expertise verdient politische Anerkennung – und strukturelle Verankerung in der Gestaltung öffentlicher digitaler Infrastrukturen.

Jetzt ist der Moment, strukturelle Offenheit zur Leitlinie digitaler Souveränität zu machen.

Yes, we are open!?

Künstliche Intelligenz verantwortungsvoll gestalten, 25.03.2025

Veranstaltungsorganisation:

Katja Mayer, Stefan Skupien, Lilli Illiev, Theresa Züger, Jochen Knaus und Evelin Espenberg

Wissenschaftlicher Beirat der Konferenz:

Claudia Müller-Birn (Freie Universität Berlin), **Manfred Hauswirth** (Weizenbaum-Institut, Fraunhofer FOKUS), **Martin Reinhart** (Humboldt-Universität zu Berlin), **Vince Istvan Madai** (Berlin Institute of Health)

Impressum

Katja Mayer, Jochen Knaus, Stefan Skupien et al.

Offenheit neu verhandeln – KI im öffentlichen Interesse gestalten.

Weizenbaum Policy Paper # 15

Berlin, 09 \ 2025

ISSN 2748-5587 \ DOI [10.34669/WI.PP/15](https://doi.org/10.34669/WI.PP/15)

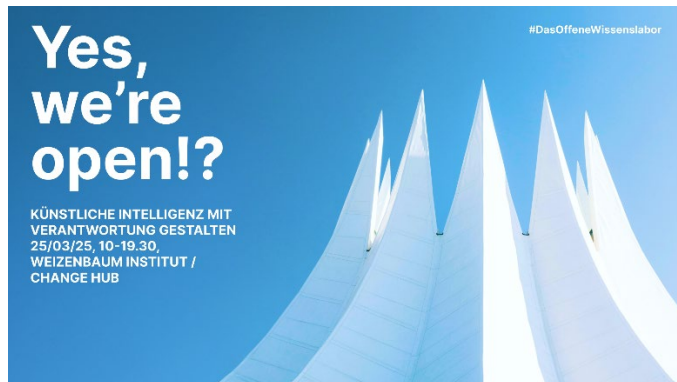
Weizenbaum-Institut e.V.

Hardenbergstraße 32 \ 10623 Berlin \ Tel.: +49 30 700141-001

info@weizenbaum-institut.de \ www.weizenbaum-institut.de

KOORDINATION: Moritz Buchner

Dieses Paper wird unter der Creative Commons Attribution 4.0 (CC BY 4.0) veröffentlicht.



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Senatsverwaltung
für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege